



CH-3003 Bern, EDA, MCR

**A-Post**

Frau  
Barbara Müller  
Kampagne für Entschuldung und Entschädigung  
im Südlichen Afrika  
KEESA  
c/o FEPA  
Postfach 195  
4005 Basel

Bern, 03.09.2007

**Ihr Schreiben vom 11. Juli 2007**

Sehr geehrte Frau Müller

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 11. Juli 2007, das ich mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Die Apartheid und ihre Folgen haben auch mich betroffen gemacht, und ich möchte Ihnen für Ihr Engagement und Ihre Anteilnahme für die Opfer der Apartheid danken.

Wie Ihnen Bundespräsident Moritz Leuenberger letztes Jahr in seinem Brief mitteilte, hat der Bundesrat 1997 zum Entscheid der Schweiz Stellung genommen, sich nicht an den in den 1980er-Jahren beschlossenen internationalen Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika zu beteiligen. Der Bundesrat hält fest, dass die schweizerische Haltung «sich im Nachhinein zwar als aus der Zeit verständlich, jedoch auch als politisch nicht weitsichtig» erwies.

Seit Ihrem letzten Schreiben sind zu dieser Frage keine neuen Elemente aufgetaucht. Der Bundesrat hält deshalb an seiner Position fest. Heute sehen wir es als unsere Pflicht, Südafrika in seiner Entscheidung für eine zukunftsgerichtete Politik zu unterstützen. Mit dieser Position unterstützt der Bundesrat unter anderem die Haltung der aktuellen, demokratisch gewählten Regierung der Republik Südafrika, wie sie durch Präsident Thabo Mbeki dargelegt wurde:

*"(...) We can't allow that we get diverted from dealing with the problems facing our people today and tomorrow, by trekking ourselves back into the past to say what we would do about the past. (...) It might very well be that there are people around the world who would think that they want to discuss the past in our interest. We've discussed the past in our interest. This is why we set up the Truth and Reconciliation Commission. We do not think that there should be any other bodies that discuss the*

*past in our interest, it would not be in our interest. (...)*" Thabo Mbeki, Transkription einer Pressekonferenz vom 10. Juni 2003 in Bern. (...) <sup>1</sup>.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Schweiz das erste Land war, das einen Beitrag an den Fonds der Wahrheits- und Versöhnungskommission geleistet hat. Wir werden uns weiterhin für die Entwicklung Südafrikas einsetzen, indem wir das Land durch langfristig angelegte Projekte auf seinem Weg der Versöhnung und der Demokratisierung unterstützen.

Ich hoffe, damit zur Klärung beigetragen zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen.



Micheline Calmy-Rey

---

<sup>1</sup>"(...) Wir können es uns nicht erlauben, uns von der Lösung der heutigen und künftigen Probleme unseres Volks ablenken zu lassen, indem wir uns der Vergangenheit zuwenden, um sie aufzuarbeiten. (...) Es kann gut sein, dass es auf der Welt Menschen gibt, die die Vergangenheit in unserem Interesse diskutieren wollen. Wir haben die Vergangenheit in unserem Interesse diskutiert. Dazu haben wir die Wahrheits- und Versöhnungskommission geschaffen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass kein anderes Gremium die Vergangenheit in unserem Interesse diskutieren sollte; dies wäre nicht in unserem Interesse."